Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 86. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 20. Februar 1863.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Königsberg, 19. Febr. Das Extrablatt der „Hartung'schen Zeitung" mit den Vertheidigungsreden, die Johann Jacoby und Dr. Falkson in dem Prozesse gegen den Vorstand des hiesigen Handwerkervereins gehalten, ist, soweit für die hiesigen Leser bestimmt, mit Beschlag belegt worden.

London, 19. Febr. Der Dampfer „City of Edinburgh" ist mit 913,000 Dollars an Contanten und Nachrichten aus New-York vom 6. dies. Mts. eingetroffen. Nach denselben haben die Unionisten große Anstrengungen gemacht, Charleston anzugreifen. Die Expedition des General Banks ist aufgeschoben worden. Die Conföderirten haben die unionistischen Kanonenboote bei der Insel Nr. 10 angegriffen, sind aber zurückgeschlagen worden. Der Kommandirende in Georgia und die Gouverneure von Nordkarolina und Alabama haben das Volk aufgerufen, in der Vertheidigung des Vaterlandes fortzufahren. Die Legislative zu New-York hat die Emancipations-Proklamation gebilligt. Die Handelskammer hat das Vertrauen ausgedrückt, daß die Regierung sich verpflichten werde, zur Unterdrückung der Rebellion Hilfe zu leisten. Der unionistische Dampfer „Queen West" hat die Blokade von Vicksburg forcirt. Wie gerüchtweise verlautete, würde Butler Halleck ersetzen.

London, 19. Febr. Nach weiteren Berichten mit dem „Edinburg", die bis zum 7. d. Mts. reichen, haben die Conföderirten in einem Seetreffen im Golf von Texas den Unionisten ein Kriegsdampfer von 12 Kanonen abgenommen und in Folge dessen den Hafen von Galveston für offen erklärt. In einer Gegenproklamation der Unionisten wird die ganze Küste von Texas für blokirt erklärt.

Die Conföderirten arbeiten an der Befestigung von Richmond. Ihrem Congreß liegt ein Gesetzentwurf vor, wonach alle Regierungs-Beamten zwischen 18 und 45 Jahren in das Heer eingestellt und in ihren Aemtern durch kriegsuntüchtige Personen ersetzt werden sollen.

In Washington ging das Gerücht, der Congreß werde alle Spekulationen auf das Goldagio mit ½ pCt. besteuern.

Die Gesetzgebung von Indiana diskutirt zwei Vorschläge zur Herstellung des Friedens zwischen dem Norden und dem Süden.

In Vera-Cruz war am 28. d. Mts. das Gerücht verbreitet, Mejia habe Doblado geschlagen und 400,000 Dollars erbeutet. Daß die Franzosen von der Garnison von Puebla eine Niederlage erlitten, hat sich nicht bestätigt. Am 28. d. M. befand Forey sich noch in Orizaba. Es wurde erzählt, in Tampico hätten die Mexicaner Personen, die den Franzosen behilflich gewesen, nach deren Abzuge gehängt.

Madrid, 17. Febr. Der „Correspondencia" zufolge hat die Regierung beschlossen, alle Marine-Beamten, die wegen Ernennung Ulloa's zum Marine-Minister ihre Entlassung eingereicht haben, vor ein Kriegsgericht zu stellen. — Nachrichten aus Manila vom 3. zufolge verhalten sich die Mauren auf der Grenze jetzt wieder ruhig. Sie sind sogar erbötig, gegen Lohn an den neuen Befestigungen dieses Platzes zu arbeiten. Der berüchtigte Graben, der sich 150 Metres weit von dem Platz hinzog und von dem aus die Mauren den Spaniern so großen Schaden zufügten, ist von dem Genie-Corps ausgefüllt worden.

Preußen.

Berlin, 19. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Bureau-Vorsteher bei der Provinzial-Steuer-Direktion in Münster, Rechnungsrath Salzer, und dem Stadtgerichts-Deposital-Rendanten, Rechnungsrath Heinrich Christoph Grauer zu Breslau den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, dem Kreis-Physikus, Sanitätsrath Dr. Hertel zu Angermünde und dem Kasernen-Inspektor Friedrich Wilhelm Toll zu Düsseldorf den rothen Adlerorden 4. Klasse, so wie dem Cantor und Schullehrer Poppe an der evangelischen Stadtschule zu Löbejün im Saalkreise, dem Schullehrer Weber zu Neuendorf auf Rügen und dem Strafanstalts-Aufseher Hauschild zu Naugard das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Legationsrath z. D. Frhrn. Friedrich v. Otterstedt hierselbst die Kammerherrenwürde; desgleichen den Forst-Inspektoren Frhrn. v. Proff-Irnich zu Arnsberg, Eigenbrodt zu Trier, Mangold zu Stettin, Harig zu Potsdam, v. Kleist zu Frankfurt a. d. O., Wagner zu Oppeln und Janisch zu Danzig den Charakter als Forstmeister zu verleihen; so wie der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Liegnitz getroffenen Wahl gemäß den Gerichts-Assessor Schmidt, welcher gleichzeitig zum Stadt-Syndikus gewählt worden ist, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Liegnitz für die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Der königliche Kreisbaumeister Uhlmann zu Lippstadt ist zum königl. Bauinspektor ernannt und demselben die Bau-Inspekor-Stelle zu Soest verliehen worden. — Der Baumeister Quensell zu Soest ist zum königlichen Kreis-Baumeister ernannt und demselben die Kreisbaumeister-Stelle zu Lippstadt verliehen worden. — Der bisherige Gerichts-Assessor Siegmund Joel Meyer hierselbst ist zum Rechtsanwalt bei dem Stadtgericht in Berlin und zugleich zum Notar im Departement des Kammergerichts, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Berlin, ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Wirklichen Geheimen Rath und Gesandten Grafen Brassier de St. Simon die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Baiern Majestät ihm verliehenen Großkreuzes des Verdienst-Ordens vom heiligen Michael zu ertheilen.

[Se. Majestät der König] nahmen heute Früh den Vortrag des General-Lieutenants und General-Adjutanten Freiherrn von Manteuffel entgegen.

[Die Correspondenz aus Rußland] hat am 18. Febr. d. J. in Eydtkuhnen den Anschluß an den um 7½ Uhr Abends nach Berlin abgehenden Personenzug nicht erreicht. (St.-Anz.)

K. C. **Berlin**, 19. Febr. [Die besondere Commission zur Vorberathung des Hoverbeck-Carlowitzschen Antrages] in der polnischen Frage ist heute gewählt und hat sich constituirt. Vorsitzender: Schulze-Delitzsch, Stellvertreter: v. Carlowitz, Schriftführer: Hummel, Stellvertreter: Meibauer; die übrigen Mitglieder sind: v. Bonin (Genthin), v. Bunsen, Dahlmann, Haacke (Stendal), Immermann, John (Labiau), Kerst, Reichenheim, v. Rönne (Solingen), Roepell (Breslau), v. Sänger, Schmiedecke, Senff, v. Sybel, Techow, Twesten, Wachler. (Elf Mitglieder gehören der deutschen Fortschrittspartei, acht dem linken Centrum an; die liberale Minorität ist durch die Abg. v. Bonin und v. Sänger vertreten.) — Der Vorsitzende Schulze-Delitzsch ernannte zum Referenten in der Commission den Abg. v. Sybel; dieser wird morgen Nachmittag, wo die Commission wiederum Sitzung hält, seinen Vorbericht erstatten.

[Etat des Cultusministeriums.] Heut hat die Budgetcommission den Etat des Cultus-Ministeriums durchberathen; der Cultusminister ist dabei zugegen gewesen. Auch die Berathung dieses Etats ist rasch zu Ende geführt. Zu erwähnen ist daraus, daß die im vorigen Jahre gestrichenen Gelder für die Central-Turnanstalt bewilligt werden sollen, da der Minister befriedigende Erklärungen gegeben hat. Die Vermehrung höherer Bildungsanstalten ist von der Commission befürwortet. — Der Etat der Eisenbahnverwaltung konnte nicht mehr berathen werden, da die betreffenden Regierungs-Commissarien durch Unwohlsein verhindert waren zu erscheinen.

[Die Justiz-Commission] hat heute die Berathung des vom Abg. John (Labiau) eingebrachten Gesetzentwurfes wegen des Zeugenzwanges begonnen und bis zum Schluß der Generaldiscussion geführt. Das Justizministerium war dabei durch den Geh. Rath Friedberg vertreten; derselbe stellte die Möglichkeit in Aussicht, daß die Regierung vielleicht der Fixirung eines höchsten Strafmaßes bei Verweigerung des Zeugnisses werde zustimmen können. In der zu morgen anberaumten Sitzung hofft man auf eine definitive Erklärung im Namen des Justizministeriums, während die heutige Auslassung des Herrn Friedberg mehr seine persönliche Ansicht gewesen ist.

[Der vom Abg. Stavenhagen erstattete Commissionsbericht über die Gesetzentwürfe wegen der Veteranen von 1813/15 und der Invaliden von 1806, 7 und 12] liegt gedruckt vor. Er bestätigt die schon früher gemachten Mittheilungen, daß der Kern der Verhandlungen in der Commission die Frage betroffen hat, ob denn nicht eine höhere Dotirung der alten Krieger möglich sei. Die Commission hat die Erhöhung befürwortet, die Regierung hat sie abgelehnt, und so weit sie beschlossen worden, nur zögernd angenommen. Bei der bisherigen sehr dürftigen Dotirung der alten Krieger, heißt es in dem Berichte, müsse es um so mehr bedauert werden, daß die vorgelegten Gesetzentwürfe den Erwartungen, welche sich an die allerhöchste Botschaft geknüpft hätten, doch nur in sehr beschränktem Maße entsprächen. Was durch diese Gesetz-Entwürfe gewährt werde, beschränke sich auf folgende Sätze: 1) Ehrensold für die Inhaber des eisernen Kreuzes 85,100 Thlr.; 2) Erhöhung der Pensionen für die anerkannten Invaliden aus den Jahren 1813 bis 1815, 80,000 Thlr.; 3) Vermehrung des Unterstützungsfonds für hilfsbedürftige Veteranen aus den Jahren 1813 bis 15, welche keine Versorgungsansprüche haben, 100,000 Thlr. (da 50,000 Thlr. schon in dem Etat für 1862 zum Ansatz gekommen, vom Abgeordneten-Hause bewilligt, und nur wegen des nicht zu Stande gekommenen Etats-Gesetzes nicht zur Verwendung gelangt seien); 4) Erhöhung der Pensionen der anerkannten Invaliden aus den Jahren 1806—12, 10,000 Thlr. Ueberhaupt 275,700 Thlr. Man dürfe wohl mit Recht fragen, ob diese Summe für einen Staat von 18 Millionen auf den Charakter eines Nationaldanks zur würdigen Feier des 50jährigen Gedächtnißtages der glorreichen Erhebung des preußischen Volkes Anspruch machen könne, für einen Staat, der ein jährliches Budget von mehr als 130 Millionen, einen Militär-Etat von mehr als 40 Millionen habe? Und doch liege es unzweifelhaft im Interesse der Armee selbst, wenn der Soldat das beruhigende Bewußtsein in sich trage, daß das Vaterland, dem er seine besten Kräfte und sein Blut widme, ihn, wenn er invalide geworden, nicht dem Hunger und Elend preisgeben werde.

„Von den Vertretern der Regierung wurde hierauf entgegnet, daß die Vorlagen das Ergebniß einer sorgfältigen und allseitigen Erwägung wären. Wenn man an die königl. Botschaft übertriebene Erwartungen geknüpft habe, so sei eben das zu bedauern. Allen möglichen Erwartungen würde man in keiner Weise, und wäre die geforderte Summe auch noch so hoch gegriffen gewesen, haben entsprechen können. Man habe sich also naturgemäß auf die Befriedigung des wirklich dringenden Bedürfnisses beschränken müssen, da auch die Finanzlage des Staats dabei nicht habe außer Acht gelassen werden können."

Diese Differenz, welche bei der Generaldiscussion hervorgetreten ist, wiederholt sich noch an einer andern Stelle, bei Berathung der zur Unterstützung der hilfsbedürftigen Veteranen ausgesetzten 150,000 Thlr. Der Bericht sagt darüber „die Zahl der hilfsbedürftigen Veteranen aus den Jahren 1813 bis 1815, welche zwar keinen Anspruch auf Invaliden-Versorgung haben nachweisen können, deren Unterstützung in ihren letzten Lebensjahren die königl. Botschaft aber mit Recht als eine Schuld der Dankbarkeit bezeichnet, ist nach der Angabe der Regierung mindestens jetzt noch 35,000, und es ist daher auf den ersten Blick ersichtlich, daß die dafür ausgesetzte Summe von 150,000 Thlr. nur einer Minderheit jener Zahl überhaupt zu Gute kommen kann. Die niedrigste Unterstützung, welche noch einige Wirksamkeit üben kann, darf unter einen Thaler monatlich nicht hinabgehen, ein noch geringerer Betrag kann kaum für den Augenblick das Gefühl einer Linderung der Noth erwecken, und nach diesem Maße würden, zur allernothdürftigsten Unterstützung jener fünfunddreißigtausend Hilfsbedürftigen, mindestens 420,000 Thlr. erforderlich sein. Wenn daher die in Anspruch genommene Summe nur wenig über ein Drittel des Betrages ausmacht, so folgt daraus, daß ⅔ jener Hilfsbedürftigen noch ferner in ihren letzten Lebensjahren den trostlosesten Entbehrungen anheimfallen und ihnen darin nur eine Expectanz vorgehalten wird, die sich vielleicht für die wenigsten verwirklicht, da der Tod sie früher, als die Reihe an sie kommt, allen Sorgen enthebt. Es kann gewiß nicht befremden, wenn dieses Sachverhältniß in den Herzen der Leidenden selbst, wie im ganzen Lande, das sich stets in rühmlicher Weise seiner Dankesschuld bewußt gezeigt hat, ein Gefühl der Bitterkeit erzeugt und wenn diesem Gefühl hier auch kein schärferer und bestimmterer Ausdruck gegeben werden soll, so wird die Commission gewiß gerechtfertigt erscheinen, wenn sie an die Vertreter der königlichen Staatsregierung die Anforderung richtete, schon jetzt in dieser Vorlage die fragliche Summe erhöht zu sehen. Es wurde zur Unterstützung dieser Anforderung noch geltend gemacht, daß ein großer Theil dieser Veteranen, die als solche bezeichnet werden, welche keinen Anspruch auf Invaliden-Versorgung haben, in der That solche Ansprüche haben, daß sie dieselben aber nur aus formellen Gründen, weil sie nicht im Stande waren, die in den bezüglichen Vorschriften verlangten Beweisstücke herbeizuschaffen, nicht zur Anerkennung bringen konnten, wenn auch die obwaltenden Umstände die moralische Ueberzeugung von der vorhandenen Berechtigung gaben.

Die Vertreter der Regierung entgegneten hierauf, „daß in der neueren Zeit bei Prüfung der Ansprüche von Invaliden aus den Befreiungskriegen mit aller möglichen Rücksicht und Liberalität verfahren würde (was freilich von einem Mitgliede der Commission aus Erfahrungen in seinem heimathlichen Kreise bestritten wurde), und erklärte sich außer Stande, zu einer Erhöhung der in Rede stehenden Summe ihre Zustimmung auszusprechen. Wenn ihrerseits auch anerkannt werde, daß mit den geforderten Mitteln kaum dem dringendsten Bedürfniß genügt werde, so träten hier doch finanzielle Erwägungen ein, die ihre volle Berechtigung hätten. Ueberdies handle es sich hier nicht um eine positive Pflicht des Staats und es möge doch nicht übersehen werden, wieviel bisher schon von den Gemeinden, den Kreisen und vielen Vereinen für die Veteranen geschehen sei. Man könne daraus wohl die beruhigende Ueberzeugung schöpfen, daß in der Mehrzahl der Fälle der dringendsten Noth abgeholfen werde." Aus der Commission wurde hierauf erwidert, daß man die Unterscheidung zwischen der rechtlichen und moralischen Verpflichtung des Staats in diesem Falle nur bedauern kann. Die rühmlichen Opfer, welche die Gemeinden u. s. w. für die Veteranen brächten, könnten nimmermehr den Staat davon entbinden, seinerseits das zu thun, was ihm, wenn auch nur im moralischen Sinne obliege. So dringend geboten nun auch der Commission die Erhöhung der fraglichen Summe erschien, so glaubte sie doch, der bestimmten Erklärung der Regierung gegenüber, nach den bisher vom Hause der Abgg. stets festgehaltenen Grundsätzen, darauf verzichten zu müssen, der Regierung gegen ihren Willen, selbst für eine derartige Ausgabe, eine bestimmte höhere Summe aufzudrängen, und beschränkte sich darauf, gegen die Vertreter der Regierung den dringenden Wunsch und die zuverläßige Erwartung auszusprechen, daß dieser Gegenstand einer ferneren Erwägung unterzogen und bald möglichst dem Landtage eine in dieser Beziehung erweiterte Vorlage gemacht werden möge. Die Vertreter der Regierung sagten diese fernere Erwägung nicht nur zu, sondern gaben auch die Versicherung, daß es der Regierung selbst zur vollsten Befriedigung gereichen werde, wenn sie sich recht bald in den Stand gesetzt sehe, den hier geäußerten Wünschen zu entsprechen.

[Die Stellung Preußens zur polnischen Bewegung.] Die „B. B. Z." schreibt: Der Vice-Präsident des Abgeordnetenhauses, Commerzienrath Behrend von Danzig, begab sich vorgestern zu dem Minister-Präsidenten v. Bismarck, um sich von demselben, nicht als Mitglied des Abgeordnetenhauses, sondern als Vertreter der danziger Handels-Interessen einige Aufschlüsse über die Stellung Preußens zu der polnischen Bewegung zu erbitten. Es beginnt nämlich gerade jetzt wieder der Schifffahrtsverkehr und das Geschäft mit Polen, an welchem Danzig in so hervorragender Weise und namentlich auch in so weit betheiligt ist, als von dort aus regelmäßig bedeutende Vorschüsse auf Holz-, Getreide- und andere Sendungen geleistet werden. Herr Behrend ging dabei von der Annahme aus, daß die polnischerseits eingegangenen Verpflichtungen sehr wahrscheinlich glatt abgewickelt werden würden, sofern Preußen sich einer Intervention in der gegen Rußland gerichteten Bewegung enthalte; daß dagegen eine active Unterstützung Rußlands von Seiten Preußens, in Polen möglicherweise eine derartige Erbitterung hervorrufen könne, daß die Erfüllung eingegangener Verbindlichkeiten ausgesetzt und vielleicht ganz und gar in Frage gestellt werde. Herr v. Bismarck hat es leider für gut gefunden, einer geeigneten Erklärung auszuweichen und Herrn Behrend mit dem Hinweis darauf zu bescheiden, daß das Interesse einer einzelnen Stadt vor großen politischen Actionen eines Staates zurücktreten müsse. Man will hieraus schließen, daß Preußen dem Versuche schwerlich fern bleiben werde, die russisch-polnische Bewegung in Verbindung mit Rußland zu unterdrücken. Andere Aeußerungen des Herrn v. Bismarck bei der beregten Gelegenheit ergeben jedoch auch hinwiederum, daß die vielbesprochene Convention zwischen Preußen und Rußland nur für gewisse Eventualitäten, die noch nicht eingetreten, abgeschlossen ist.

[Aus dem Regierungsbezirk Marienwerder] wird folgender landräthlicher Erlaß, die Controlirung der fremden Polen betreffend, mitgetheilt:

„In Folge der eingetretenen Ereignisse im Königreich Polen ist die genaue Controle derjenigen fremden Polen, welche sich in den diesseitigen Staaten aufhalten, unumgänglich nothwendig. Dazu gehört insbesondere, daß die Ueberläufer, d. h. diejenigen, welche entweder mit keiner, oder ungenügender Legitimation im Lande sich befinden, unbeschadet der Befugniß, sie jederzeit auszuweisen, mit Aufenthaltskarten versehen sein und event. den Controlbeschränkungen unterworfen werden müssen, welche bei Ertheilung der Aufenthaltskarten vorgeschrieben sind.

„Es liegt ferner die Vermuthung nahe, daß von den polnischen Unterthanen vielfach der Uebertritt in das diesseitige Gebiet versucht werden wird, und daß dadurch die diesseits bereits vorhandene Zahl der polnischen Flüchtlinge in unerwünschter Weise vermehrt werden könnte.

„Auch ist es nicht unmöglich, wenngleich im hiesigen Kreise kaum zu erwarten, daß diesseitige Unterthanen polnischer Nationalität sich veranlaßt finden möchten, den polnischen Insurgenten sich anzuschließen, oder denselben in sonstiger Weise thätige Hilfe zu leisten.

„Allen dergleichen Uebelständen bin ich auf das Entschiedenste entgegenzutreten angewiesen worden, und veranlasse ich daher die Polizeibehörden, Ortsvorstände und die Kreisgendarmen, sowie sämmtliche Kreiseingesessenen, ihre Wahrnehmungen in Bezug auf den vorstehenden Gegenstand des Schleunigsten mir zur weiteren Veranlassung mitzutheilen."

[Zum Prozeß Lasalle] schreibt man der „Magd. Z." Folgendes: Eine Beschwerde des Staatsanwalts Herrn Goltz über die Art und Weise, wie Herr Stadtgerichtsrath Pielchen den Lasalle'schen Prozeß geleitet, ist geeignet, die gesammte richterliche Welt mit Besorgniß der ernstesten Art zu erfüllen. Herr Goltz führt Beschwerde, daß Herrn Lasalle von dem Vorsitzenden das Wort nicht entzogen und daß er in den Entscheidungsgründen des Gerichtshofes die bei Herrn Lasalle vorgenommene Haussuchung nach Exemplaren der incriminirten Schrift für nicht begründet erklärt hat. Die Legitimation der Staatsanwaltschaft zu einer solchen Beschwerde ist nach dem bestehenden Rechte für uns unfindbar. Die Staatsanwaltschaft hat allerdings ein Anklagerecht gegen den einzelnen Richter im Wege des Disciplinarverfahrens, sie hat aber kein Aufsichtsrecht über die Gerichtshöfe, kein Beschwerderecht über dieselben, es sei denn im Wege des ordentlichenn Gerichtsverfahrens und in dem durch bestimmte Rechtsmittel geordnete Instanzenzuge. Was aber der Vorsitzende eines Collegiums thut oder unterläßt, entzieht sich, so weit sein Thun oder Unterlassen nicht die Rechte der Staatsanwaltschaft berührt, auch der amtlichen Prüfung derselben. Hat Herr Pielchen dem Staatsanwalt das Wort entzogen? Nein. Hat er ihn irgendwie in seinen Deductionen beschränkt? Nicht im geringsten. Vielmehr hat Herr Pielchen (was wir unserseits nicht für gerechtfertigt erachten) es zugelassen, daß der Staatsanwalt den Vorsitzenden während der Rede des Herrn Lasalle aufforderte, den Vortrag des Redners zu unterbrechen resp. ihm das Wort zu entziehen. Wenn Herr Lasalle in seiner Appellationsschrift hierüber Beschwerde führte, so würden wir das in der Ordnung finden, allein was umgekehrt der Staat dabei für ein Interesse haben kann, daß Herrn Lasalle das Wort entzogen werden sollte, das ist uns nicht ersichtlich, im Gegentheil glauben wir, daß die freieste, uneingeschränkteste gerichtliche Vertheidigung im Interesse des Staats liegt und nur zum Ruhme der staatlichen Gerechtigkeit gereichen kann. Hat sich die Staatsanwaltschaft aber durch die Rede des Herrn Lasalle verletzt gefühlt, so genügt es unseres Bedünkens mehr als vollkommen, daß (was seit Wirth's Vertheidigung in Zweibrücken und Jacoby's Vertheidigung wegen der vier Fragen in Deutschland nicht wieder vorgekommen ist) sie die Lasalle'sche Vertheidigungrede hat mit Beschlag belegen lassen. Wenn der Gerichtshof aber die vorgenommene Haussuchung nicht für gerechtfertigt erachtete, so handelte er innerhalb seiner Competenz, wenn er seine Nichtbilligung einer vom Gerichte nicht veranlaßten Maßregel aussprach; die amtliche Ehre der Staatsanwaltschaft wird durch diesen Ausspruch des Gerichtshofes nicht verletzt. Was aber eine Beschwerde über eine juristische Motivirung eines Urtheils für Effect haben soll, das man selbst nicht anficht, ist uns wiederum gänzlich unfindbar. Wir hoffen daher, daß die Beschwerde gegen den Stadtgerichtsrath Pielchen zurückgewiesen werden wird, da, falls sie Erfolg hätte, sie zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der Freiheit der Vertheidigung führen müßte. Wir erwarten jetzt die Folgen der Jurisprudenz der Simons'schen Periode. Obgleich das Gesetz vom 3. Mai 1852 nach dem Ausweise der Motive unseres Erachtens ganz klar und deutlich die Staatsanwälte eben so wie die Vertheidiger unter die Disciplin der Gerichtsvorsitzenden stellt — Die Vorrechte der Staatsanwaltschaft specialisirt das Gesetz — vindicirte Herr Simons durch Rescript den Staatsanwälten eine den Gerichten coordinirte Stellung. Dieses Simons'sche Reseript hat die Gerichtspraxis seit einem Jahrzehend bestimmt, eine Praxis, die wir mit dem Gesetze nun einmal nicht vereinbar finden. Jetzt beginnt die Staatsanwaltschaft bereits sich das Recht einer Kritik richterlicher Entscheidungen außerhalb der ihr zustehenden Grenze der ordentlichen Rechtsmittel beizulegen. — Unser Urtheil über das Institut der Staatsanwaltschaft steht fest und dürfte unsern Lesern bekannt sein. Die libercle Presse sollte jeden Tag als einen verlorenen erachten, an welchem nicht ein oder das andere ihrer Blätte die Beseitigung der Staatsanwaltschaft in ihrer jetzigen Gestalt, namentlich die Beseitigung der Unterordnung des öffentlichen Anklägers unter den Justizminister, als das Ceterum censeo der liberalen Partei hingestellt hat

Posen, 19. Febr. Die heutige „Posener Zeitung" enthält folgende Erklärung:

„Die Berichte der öffentlichen Blätter verbunden mit den fortdauernden Truppensendungen lassen es kaum zweifelhaft erscheinen, daß die Staatsregierung in Bezug auf die Unruhen im Nachbarlande Maßregeln vorbereitet, die für die Zustände der Provinz Posen von weittragender Bedeutung sind. Je näher uns dieselben berühren, je entschiedener wir außerdem für die innige Verbindung unserer Provinz mit dem Gesammtstaate bisher gekämpft haben, um so mehr fühlen wir uns in diesem Augenblick gedrängt und berechtigt, unsere Ansicht offen und unumwunden auszusprechen.

Obwohl in den verschiedensten Kreisen der Provinz einheimisch, sind wir doch einig in der Ueberzeugung, daß wir nicht zu befürchten haben, die jetzt herrschende Ruhe und Ordnung werde durch Aufstandsversuche gestört werden. Räumen wir auch ein, daß es eine Partei in der Provinz giebt, die auf die Erhebung im Königreich chimärische Hoffnungen gründet, und ihr nach Kräften Unterstützungen zufließen läßt; so glauben wir doch fest, daß sie weder vermessen noch verblendet genug ist, in diesem Augenblick hier revolutionäre Bewegungen veranlassen zu wollen.

Eben so wenig haben wir aber zu fürchten, daß vom Königreich Polen aus der Versuch gemacht werden sollte, die angrenzenden preußischen Provinzen zu insurgiren. Die Leiter der Bewe-

gung werden gern die Hilfskräfte der Provinz an sich ziehen, allein sie werden nicht so unklug sein, sich in Preußen einen neuen mächtigen Feind zu schaffen. Dadurch allein droht der preußischen Grenze Gefahr, daß einzelne dieser bewaffneten Haufen, von den Russen gedrängt, dieselbe überschreiten. Hier hat die Regierung allerdings die Pflicht, umfassende Vorsichtsmaßregeln zu treffen, damit die Sicherheit der Personen und des Eigenthums in den Grenzkreisen nicht gefährdet werde.

Die militärischen Rüstungen haben aber solche Dimensionen angenommen, daß die Gerüchte von einer Intervention zu Gunsten der russischen Regierung dadurch Glauben gewinnen.

Die Zurückhaltung des Herrn Minister-Präsidenten über diese Angelegenheit trägt wenig zu deren Widerlegung bei.

Wir stehen von der Erwägung ab, ob durch das seitherige Verhalten Rußlands, insbesondere durch sein den Handel lähmendes Zoll-System, die Quelle des demoralisirenden Schmuggelhandels, Preußens Bürger geneigt sein können, Gut und Blut zu dessen Gunsten zu opfern. Wir sind aber überzeugt, daß durch das Staats-Interesse eine Intervention nicht gerechtfertigt erscheint, da sie Preußen die Sympathien der Völker entzieht und in Differenzen mit den benachbarten Regierungen bringen kann. Vor allen Dingen müssen wir uns aber gegen die Ansicht verwahren, als würden durch eine Intervention die Interessen unserer Provinz gefördert, behaupten vielmehr mit Entschiedenheit, daß solche unsere, bis jetzt ruhige Provinz nur in Unfrieden und Aufregung bringen würde. Die Kluft, welche die deutsche und polnische Nationalität trennt, würde dadurch nur erweitert, der nationale Haß nur von Neuem angeschürt werden.

Die Verhältnisse unserer Provinz verpflichten zu keiner Einmischung in die Wirren des Nachbarlandes, und wir können den dortigen Polen dieselben humanen und gesetzlichen Zustände gönnen, deren sich die unsrigen erfreuen. Wir können es sogar mit Ruhe erwarten, daß die russische Regierung deren Nationalität möglichst weitgehend berücksichtige, ohne besorgen zu müssen, daß durch eine Rückwirkung auf unsere Provinz die Rechte der deutschen Bevölkerung gekränkt werden könnten. Die Lage der Dinge hier und dort ist eine ganz verschiedene.

Das russische Polen wird von einer einheitlichen Nation bewohnt, die Polen in unserer Provinz sind nur Bruchstücke jener Nation, durchmischt mit einer, der Zahl nach gleichen, der Intelligenz und dem Wohlstande nach überwiegend deutschen Bevölkerung. Dadurch ist die Staatsregierung in Berücksichtigung der polnischen Nationalität hier auf bestimmte Grenzen angewiesen. Während dort die polnische Nationalität nach Möglichkeit gefördert werden kann, sind Concessionen an dieselbe hier beschränkt durch die Rücksicht auf die deutsche Bevölkerung. Der polnischen Nationalität kann dort volle Geltung verschafft werden, während dies hier ein Verrath an der deutschen wäre.

In Erwägung des Vorgesagten fassen wir unsere Ueberzeugung dahin zusammen:

1) Alle Schutzmaßregeln zur Sicherung der Grenzen sind mit Dankbarkeit anzuerkennen.
2) Alle weitergehenden Maßregeln, insbesondere eine Intervention zu Gunsten Rußlands, müssen als bedenklich und unheilvoll für die Provinz Posen angesehen werden.

Indem wir diese Erklärung im Namen des Vereins zur Förderung deutscher Interessen der Oeffentlichkeit übergeben, halten wir uns zuversichtlich der Zustimmung aller deutschen Bewohner der Provinz Posen versichert.

Der Vorstand des Vereins zur Förderung deutscher Interessen in der Provinz Posen.
v. Tempelhoff. Kennemann. Baarth.

Deutschland.

Aus Holstein, 15. Febr. [Die Adreßberathung] in der holsteinischen Ständeversammlung bietet bis jetzt, soweit aus den Zeitungen ersichtlich, wenig Bemerkenswerthes. Es geschah hier, was in jeder Versammlung geschieht, wo nicht verschiedene Parteien vertreten sind: die Verhandlung war nicht belebt; die Reden hatten etwas Monotones. Die meisten Redner beschränkten sich darauf, einzelne Maßregeln der Regierung zum Gegenstand ihrer Angriffe zu machen. Nur Blome und Versmann versuchten, den eigentlichen Nerv der dänischen Politik bloß zu legen. Geradezu komisch war es, daß der königl. Commissär nicht begreifen konnte, wie man von einer Incorporation des Herzogthums Schleswig reden könne, da keine dahin lautende officielle Handlung der Regierung vorliege. Mit Recht meinte der greise Graf Reventlow-Jersbeck, es werde nachgerade kindisch, Absichten verleugnen zu wollen, welche jedes Kind kenne. — Blome bemerkte sehr richtig, daß die neue „holsteinische Regierung" unter anderen Umständen für das Land große Vortheile haben würde. Jetzt aber sei sie nichts weiter wie eine reine Colonial-Regierung. In Kopenhagen sei ein Revisions-Bureau, welches darauf sehe, daß kein dänisches Interesse verletzt werde. Der dänische Minister könne jede Sache zur collegialischen Behandlung stellen, und doch liege die schließliche Entscheidung immer in seinen Händen, wenn auch alle Räthe einig seien. — Es wäre wünschenswerth gewesen, wenn Blome noch schärfer hervorgehoben hätte, daß die Einsetzung der holsteinischen Regierung nur als Demonstration gegen Deutschland Bedeutung habe, daß dadurch nichts beabsichtigt sei, als eine neue Scheidewand zwischen Schleswig und Holstein zu ziehen. In Hinsicht der Competenz der Versammlung bemerkte Blome, daß diese seit dem Ausscheiden der Holsteiner aus dem Reichsrathe in Bezug auf die gemeinschaftlichen Angelegenheiten wesentlich hätte erweitert werden müssen. Gegen jede Beschränkung derselben müsse die Versammlung Protest einlegen. Als das Haupthinderniß des Friedens stellte Blome die gemeinsame Verfassung Dänemarks und Schleswigs, das Fortbestehen des Reichsraths hin. Versmann charakterisirte die dänische Politik im Sinne der Adresse, und geißelte namentlich die großen und kleinen Mittel, mit welchen die Regierung ihren eigentlichen Zweck, die Unterdrückung des deutschen Elementes in Schleswig, verfolge. — Anfangs hieß es, daß mehrere Abgeordnete beabsichtigten, zu der vom Ausschusse entworfenen Adresse Amendements einzubringen. Es ist sicherlich besser, daß dieses unterblieben ist. Präciser, wie in dem Adreßentwurfe geschehen, konnten die Mißstände, unter denen das Herzogthum Holstein leidet, nicht dargelegt werden. Ein Herbeiziehen der innern Verhältnisse Schleswigs aber würde für die Versammlung eine Competenz-Ueberschreitung enthalten haben. Und was die Hauptsache ist: jede Veränderung der Adresse hätte wahrscheinlich den Schwerpunkt derselben verrückt. Die Adresse culminirt in dem ernergischen Proteste gegen diejenige Politik, welche den Verträgen zum Trotz ein Reich Dänemark-Schleswig schaffen, welche für dieses Reich die Verfassung vom Jahre 1855 aufrecht erhalten und das deutsche Element, soweit man nicht hofft, es unterdrücken zu können, gänzlich aus der Gemeinschaft ausscheiden will. Und in der That: auf diesen Protest kommt es augenblicklich allein an. Alles Andere ist Nebensache. (B. A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 18. Febr. [Armee-Reduction.] Die Reduction der Armee in Italien ist, sicherm Vernehmen nach, beschlossene Sache, und soll in kürzester Frist zur Durchführung gelangen. Sämmtliche Regimenter werden auf den gegenwärtig normirten Friedensstand von 60 Gemeinen per Compagnie gesetzt, wobei auch die Offiziersdiener auf den Stand der Gemeinen miteinzurechnen sind. Die dritten Bataillone der einzelnen in Lombardo-Venetien stationirten Regimenter werden in ihre Werbbezirks-Stationen zurückdirigirt, und haben sich bei ihrem Anlangen sofort gleich den übrigen auf den Stand von 20 Gemeinen zu setzen. Diese Reduction wird mehr als 24,000 Mann betragen, und die hierdurch erzielten Ersparungen werden jedenfalls sehr bedeutend sein.

Krakau, 17. Febr. [Hausdurchsuchung.] Die Hausdurchsuchungen mehren sich in Krakau; so wurde wieder eine in dem Hause „pod Rakiem" in der Wohnung der Frau Samborska und der neben derselben wohnenden Partei vorgenommen. Es wurden einige Stück Feuerwaffen, einige Säbel, mehrere Reise-Requisiten und Schulgegenstände vorgefunden und weggenommen. Bald darauf folgte in demselben Hause eine zweite Revision.

Am Sonnabend wurden in Krakau die bei Bronowice auf dem Wege nach Krakau angehaltenen, dahin abgeführten und daselbst eingekerkerten Joseph und Ignaz Herzok, Alexander Jozewski, Johann Kwiatkowski und Nardenbrucha auf freien Fuß gesetzt.

Frankreich.

Paris, 17. Febr. [Frankreichs Stellung zur polnischen Frage.] Die Vorgänge in Polen beanspruchen mehr und mehr die volle Aufmerksamkeit der offiziellen und finanziellen Kreise. Die russisch-preußische Convention hat in den Tuilerien, wie im foreign-office in London sehr unangenehm berührt, und die französische wie die britische Regierung werden Explicationen in Berlin und in St. Petersburg verlangen. Man geht so weit zu behaupten, daß die kaiserliche Regierung sich in einer für das berliner Cabinet bestimmten Note energisch gegen die abgeschlossene Militär-Convention aussprach. Soviel ist gewiß, daß sich die Ansichten der hiesigen Regierung über die Vorgänge in Polen seit der Antwort des Herrn Billault auf die Favre'sche Interpellation wesentlich geändert haben. Mit nicht geringem Staunen fand man heute Morgen vom „Moniteur" und Abends von den offiziösen Journalen einen Artikel der „Berliner Börsen-Zeitung" vom 13. Febr. reproducirt, worin dieses Blatt das Recht der preuß. Kammern auf Prüfung der Reg.-Acte constatirt und die Erwartung ausspricht, daß die Volksvertreter die mit Rußland abgeschlossene Convention aufs energischste bekämpfen werden. Ganz im gleichen Sinne wie die „Berl. Börsenzeitung", nur ungleich heftiger gegen Rußland spricht sich heute das „Siecle" aus und Sie wissen, daß trotz seines demokratischen Gewandes, das Organ des Herrn Havin ein Ohr im Ministerium, das Andere im Palais royal hat. Selbst die „France" fängt an eine nationale Bewegung zu sehen, wo sie erst nur eine Rebellion erblickte. Der Nefftzer'sche „Temps" seinerseits sagt: „. . . Selbst wenn die vom „Siecle" angeführte Stipulation (wonach die preußischen Truppen unter gewissen Eventualitäten Polen besetzen würden) nicht bestände, so wäre schon die Thatsache irgend einer Betheiligung Preußens bei Unterdrückung der polnischen Insurrection geeignet, die Aufmerksamkeit der westlichen Mächte im höchsten Grade zu beanspruchen und die energischesten Reclamationen zu begründen. Und wenn diesen Reclamationen kein Gehör geschenkt würde, dann hätten wir alle Gründe der Welt, uns nicht „auf jene eitlen Protestationen" zu beschränken, von welchen Herr Billault nichts hören will und mit welchen eine große Nation sich nie zufrieden stellen soll und sich nie zufrieden stellt." — Was heißt das Alles? — Die Baissiers an der Börse übersetzten es mit der Absicht des Kaisers, 150,000 Mann an den Rhein zu schicken. — So weit ist man wohl noch nicht, vorläufig kann von irgend einer solchen Demonstration wohl in keinem Falle die Rede sein, selbst wenn sie für später beabsichtigt wäre. Einstweilen aber veranlaßten all' diese Gerüchte und Befürchtungen eine Reaction, die gegen den Schluß der Börse in eine Panique ausartete.

Großbritannien.

London, 14. Febr. [Griechisches.] Am verflossenen Dinstag (10.) erklärte Lord Palmerston auf eine Interpellation Seymour's, „der griechische Gesandte habe erst gestern (am 9.) dem Staatssekretär des Auswärtigen die Erwählung des Prinzen Alfred durch die griechische Nation mitgetheilt, und die auf diese Mittheilung ertheilte Antwort stehe natürlich im Einklang mit der in der Thronrede enthaltenen Erklärung." Ich bin heute in der Lage, Ihnen die betreffende Note Earl Russell's mitzutheilen. Sie lautet:

Auswärtiges Amt, 10. Februar.

Der Unterzeichnete, Ihrer Majestät erster Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, hatte die Ehre, die vom 6. d. M. datirte Mittheilung des Geschäftsträgers von Griechenland sammt dem beigeschlossenen Decret der zweiten griechischen National-Versammlung in Athen zu empfangen, und hat die Befehle Ihrer Majestät über diese Angelegenheit entgegen genommen. Ihre Majestät fühlt sich aufs höchste geschmeichelt durch das Zutrauen und die Freundschaft, welche für Ihre Majestät, dero Familie und die britische Nation in der Erwählung des Prinzen Alfred für die griechische Krone ausgesprochen ist. Ihre Majestät erblickt in diesem Akte einen Beweis des Zutrauens von Seiten der Griechen in die Resultate der dem Prinzen Alfred durch seinen erlauchten und bedauerten Vater, den Prinz-Gemahl, zu Theil gewordenen Erziehung; doch ist Ihre Majestät durch die diplomatischen Verpflichtungen der Krone und durch anderweitige gewichtige Rücksichten gezwungen, die ausgezeichnete Ehre in ihrer und ihres Sohnes Namen abzulehnen. Ihre Majestät und die königliche Familie wird deshalb doch nicht minder freudig und stolz des freiwilligen Votums der griechischen Nation gedenken, welches denen, welche die Krone anboten, eben so sehr zur Ehre gereicht, wie es schmeichelhaft ist für die Königin und den Prinzen, dem das Anerbieten gemacht wurde. Genehmigen Sie 2c. 2c. Russell.

Diese Note war somit abgeschickt oder doch geschrieben am selben Abend, als Lord Palmerston die betreffende Interpellation Seymour's beantwortete, und ein Vergleich mit der Thronrede zeigt, daß sie sich mit großer Treue an letztere gehalten hat. Hieher gehört die Notiz, daß die „France" schlecht berichtet war, als sie mittheilte, es hätten die bedeutendsten Kaufleute Korfu's sich geweigert, eine an die Königin gerichtete Dank-Adresse (für die Abtretung Ioniens an Griechenland) zu unterzeichnen, und dadurch ihren Wunsch in unverfänglicher Weise ausgedrückt, unter dem englischen Protectorate zu verbleiben. Der Präsident des kaufmännischen Clubs von Korfu erklärt heute in allen unseren Journalen, daß diese Angabe der „France" total falsch ist, und „daß die Kaufleute von Korfu die Vereinigung der jonischen Inseln mit Griechenland, die Emancipation der ganzen griechischen Race und die Wiederherstellung der hellenischen Nationalität zu ihrer einstigen politischen Größe aus ganzer Seele anstreben." Die Steigerung, deren sich der Herr Präsident des corfiotischen Kaufmanns-Casino in diesem letzten Passus bedient, ist, beim Zeus! kühn. „Die hellenische Nationalität zu ihrer einstigen politischen Größe wieder herstellen!" Das will viel sagen. Denkt der Herr Präsident, auch den Perikles, Euripides, Phidias, Sokrates, die reizende Götterlehre und vor Allem den ehrlichen Aristides wieder herstellen zu können? Das Letztere wird etwas schwer halten, darauf kann er Gift nehmen. (K. Z.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 19. Febr. 10 U. Ab.	338,40	0,0	NO. 1.	Trübe.
20. Febr. 6 U. Morg.	337,21	−3,0	N. 0.	Heiter.

Breslau, 20. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 11 Z. U.-P. 2 F. 7 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 19. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. begann zu 70, stieg auf 70, 25 und schloß träge zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93 eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 70, 10. 4½proz. Rente 98, 75. Italienische 5prz. Rente 69, 35. 3prz. Spanier 49⅜. 1proz. Spanier 45¾. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 515, —. Credit-mobilier-Aktien 1211, 25. Lomb. Eisenbahn-Aktien 586, 25 Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 19. Febr., Nachm. 3 Uhr. Regenwetter. Consols 92¾. 1proz. Spanier 46¼. Mexikaner 33¼. Sardinier 83. 5proz. Russen 96. 4½proz. Russen 93½.

Der Dampfer „Saxonia" ist aus Newyork mit 913,000 Dollars an Contanten eingetroffen. — Der Dampfer „City of Edinburg" ist mit 240,000 Dollars an Contanten und Nachrichten aus Newyork vom 6. d. eingetroffen.

In Newyork war am 6. d. Mts. der Wechsel-Cours auf London 173 bis 173½, Goldagio 57⅛, Baumwolle flau, 85½—86.

Wien, 19. Februar, Mittags 12 Uhr 30 Minuten. Fest. 5proz. Metall. 75, 90. 4½proz. Metall. 65, 50. Bank-Aktien 813. Nordbahn 189, 30. 1854er Loose 93, —. National-Anleihe 81, 80. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 220, 50 Creditaktien 235, —. London 115, 25. Hamburg 86, 30. Paris 45, 65. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 167, —. Lombardische Eisenbahn 268, —. Neue Loose 136, —. 1860er Loose 93, 95.

Frankfurt a. M., 19. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Flaue Tendenz in österreichischen Effekten. — Böhmische Westbahn 73½. Finnländische Anleihe 91⅞. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 144½. Wiener Wechsel 101⅞. Darmst. Bankaktien 242. Darmst. Zettel-Bank 258. 5proz. Metall. 63¼. 4½proz. Met. 56¼. 1854er Loose 79. Oesterr. National-Anleihe 68⅞. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 238. Oesterr. Bank-Antheile 829. Oesterr. Credit-Aktien 223½. Neueste österr. Anleihe 81⅝. Oesterreich. Elisabet-Bahn 129¼. Rhein-Nahe-Bahn 32⅝. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 129⅞.

Hamburg, 19. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Börse fest. — Finnl. Anleihe 90½. Schluß-Course: National-Anleihe 69½ Oesterr. Credit-Aktien 94¾. Vereinsbank 103⅛. Norddeutsche Bank 107. Rheinische 99¾. Nordbahn 65¾ Disconto höher, 2¾—3. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 19 Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, ab auswärts ohne Beachtung. Roggen loco stille, ab Danzig pr. Frühjahr zu 76 käuflich. Oel pr. Mai 32⅜—¼, Okt. 30⅜—¼. Kaffee unverändert.

Liverpool, 19. Februar. [Baumwolle.] 2500 Ballen Umsatz. — Markt besser, obgleich Preise niedriger als am vergangenen Freitage.

Berliner Börse vom 19. Februar 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anleihe	4½	101½ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4	99 bz.
dito 1854, 55A. 57	4½	101½ bz.
dito 1856	4½	101½ bz.
dito 1853	4	99 bz.
dito 1859	5	106½ bz.
Staats-Schuld-Sch. ...	3½	89⅜ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129½ bz.
Berliner Stadt-Obl. ..	4½	102⅜ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	91½ bz.
dito dito	4	101¼ B.
Pommersche	3½	91¼ B.
dito neue	4	100½ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	96¾ bz.
Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	99⅝ bz.
Pommersche	4	99¾ B.
Posensche	4	98 bz.
Preussische	4	99¾ bz.
Westf. u. Rhein..	4	99⅝ bz.
Sächsische	4	100¼ B.
Schlesische	4	100 bz.
Louisdor	—	110 bz.
Goldkronen	—	9. 7 G.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metall	5	66 B.
dito 54r Pr.-Anl....	4	80½ G.
dito neue 100 fl.-L.	—	79¼ G
dito Nat.-Anleihe ..	5	71⅜ bz.
dito Bankn. n. Whr.	—	87⅜ bz
Russ.-engl. Anleihe ..	5	95 bz u G.
dito 5. Anleihe	5	89⅞ bz.u.B.
dito poln. Sch.-Obl.	4	82¾ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	89⅛ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl. .	4	92½ B.
dito à 300 Fl..	5	93¼ B.
dito à 200 Fl..	—	23¾ G.
Poln. Banknoten	—	90 bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57¼ B.
Baden 35 Fl.	—	32⅛ bz.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	Cours
Aach.-Düsseld...	3½	3½	90 B.
Aach.-Mastricht.	3½	4	36½ bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/10	4	97¾ bz.
Berg.-Märkische	6½	4	107 bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	144 bz u G.
Berlin-Hamburg.	6	4	124¼ B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	187½ bz.
Berlin-Stettiner .	7 1/12	4	136½ bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	124½ G.
Cöln-Mindener ..	12¼	3½	178¼ B.
Franz. St.-Eisenb.	6 1/10	5	136½ bz.
Ludw.-Bexbach .	8	4	144½ bz.
Magd.-Halberst. .	22½	4	281 G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	62¾ bz u G.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	126 B.
Mecklenburger ..	2⅞	4	69¼ à 68¾ bz.G.
Münster-Hammer	4	4	98⅛ bz.
Neisse-Brieger ..	3½	4	86½ G.
Niederschles.....	4	4	99¼ bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	71½ bz.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	66 à 66¼ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A...	7 1/12	3½	162¼ bz.
Oberschles. B...	7 1/12	3½	142½ bz.
dito C...	7 1/12	3½	162¼ bz.
dito Prior A...	—	4	99 B.
dito Prior B...	—	3½	87½ G.
dito Prior C...	—	4	— — —
dito Prior D..	—	4	97¾ B.
dito Prior E...	—	3½	84⅝ bz.
dito Prior F...	—	4½	101 bz.
Oppeln-Tarnow.	⅝	4	61¾ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	63 bz.
Rheinische	5	4	101⅜ bz.
dito (St.) Pr...	5	4	105 G.
dito Prior	—	4	— — —
dito III. Em...	—	4½	99⅞ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	32⅝ bz.u.G.
Ruhrort-Crefeld.	3 1/11	3½	96 B.
Starg.-Posener ..	4	3½	107¼ bz.
Thüringer	6⅔	4	125 bz.
Wilhelms Bahn.	—	4	63¼ à ¾ bz.
dito Prior	—	4	92 bz.
dito III. Em..	—	4½	97½ B.
dito Prior St.	—	4½	94 B.
dito dito	—	5	98 B.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	Cours
Berl. K.-Verein .	5 1/11	4	117¾ bz.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	103 etw. bz.u.G.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	84 B.
Bremer „	5¾	4	106½ G.
Coburg. Credit A.	3	4	89 B.
Darmst. Zettel-B.	8½	4	103¼ B.
Darmst. Credb.A.	5	4	94½ bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	7½ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	99½ etw. bz.
Genf. Creditb. A.	2	4	53⅞ u. ¾ bz.
Geraer Bank ...	5¾	4	96¼ etw. bz.u G.
Hamb.Nord.Bank	5	4	106¾ B.
„ Ver.-Bank	5 1/12	4	102¾ G.
Hannov. „	4½	4	100 G.
Leipziger „	3	4	83½ bz.u.G.
Luxembrg. „	10	4	102½ B.
Magd. Priv. „	4 1/10	4	94½ B.
Mein. Creditb. A.	6	4	96⅞ etw. bz.
Minerva Bgwk.A.	—	5	36¼ G
Oester.Creditb.A.	7¾	5	96⅛ à 95⅞ à 96 bz.
Pos. Prov.-Bank	5 1/11	4	96 G
Preuss. B.-Anthl.	4 1/10	4½	126 G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	99¼ G.
Thüringer Bank	2⅝	4	66 etw. bz.u.G.
Weimar. Bank..	4	4	89⅞ etw. bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	144 bz.
dito	2 M.	143¼ bz.
Hamburg............	8 T.	152¼ bz.
dito	2 M.	151½ bz.
London	3 M.	6. 21⅜ bz.
Paris	2 M.	80 1/12 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	87¼ bz.
dito	2 M.	86½ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 G.
Leipzig	8 T.	99⅚ G.
dito	2 M.	99⅓ bz.
Frankfurt a. M......	2 M.	56. 26 bz.
Petersburg	3 W.	100¼ bz. 3 M. 99⅝ bz.
Warschau...........	8 T.	89½ bz.
Bremen	8 T.	110 bz.

Berlin, 19. Febr. Weizen loco 60—73 Thlr. nach Qualität, hochfeiner weißer poln. 72 Thlr., bunter poln. 71 Thlr. ab Bahn bez., ordin. 65 Thlr. frei Mühle bez. — Roggen loco 80—83pfd. 47—47½ Thlr. ab Bahn bez, schwimmend 80—81pfd. 46¾—47⅙ Thlr. ab Boden bez., Febr. 46—⅛ Thlr. bez., ¼ Thlr. Br., 46 Thlr. Gld., Febr.-März 45¾ Thlr. bez., Frühjahr 45½ Thlr. bez. und Br., ⅜ Thlr. Gld., Mai-Juni 45½—⅝ Thlr. bez, Juni-Juli 45¾—46 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine 31—39 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—23 Thlr., Lieferung pr. Febr. und Febr.-März 22½ Thlr. Br., Frühjahr 22¾ Thlr. bez. und Br., Mai-Juni 23 1/12—⅛ Thlr. bez., Juni-Juli 23⅞ Thlr. Br., ½ Thlr. Gld. — Erbsen, Kochwaare 46—52 Thlr., Futterwaare 43—44 Thlr. — Rüböl loco 15¼ Thlr. Br., Febr. 15 1/12 Thlr. bez., Br. und Gld., Febr.-März 15 5/12 Thlr. Br., 15 Thlr. Gld., April-Mai 15 1/24—15—15 1/24 Thlr., Mai-Juni 14 11/12 Thlr. bez. und Gld., 15 Thlr. Br., Juni-Juli 14⅔—¾ Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 14 1/24—1/12 Thlr. bez. und Gld., 14⅛ Thlr. Br. — Leinöl loco 15¼ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 14¼—7/24 Thlr. bez., Febr. und Febr.-März 14¼—⅓ Thlr. bez. und Gld., ⅜ Thlr. Br., April-Mai 14⅝—17/24 Thlr. bez. und Br., ⅔ Thlr. Gld., Mai-Juni 14 19/24—⅞ Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 15⅙—5/24 Thlr. bez., ¼ Thlr. Br.. ⅙ Thlr. Gld., Juli-Aug. 15 5/12—½ Thlr. bez. und Br., 5/12 Thlr. Gld., Aug.-Sept. 15 17/24—⅚ Thlr. bez. und Br., ¾ Thlr. Gld., Sept.-Okt. 15⅞ Thlr. bez. und Gld., 16 Thlr. Br.

Weizen ziemlich lebhafter Handel. Roggen loco zum Versandt gefragt und zu festen Preisen ziemlich lebhafter Handel. Für Termine kann die Stimmung heute im Allgemeinen als eine matte bezeichnet werden, doch sind die Preise bei nur kleinem Handel wenig verändert. Hafer, Termine behauptet. Rüböl ist in Folge der niedrigeren auswärtigen Berichte auch hier flauer gegangen, wozu auch die eingetretene milde Witterung gleichfalls beigetragen haben mag. Der Markt schließt ein wenig fester. In Spiritus war wenig Geschäft und unterlag daher auch nur geringen Schwankungen, so daß Preise gegen gestern wenig verändert sind. Schluß fest.

\# **Breslau,** 20. Febr. Wind: Nord. Wetter: sehr schön. Thermometer Früh 2° Kälte. Barometer 28" 3½"'. Die Angebote waren wie zeither, der Geschäftsverkehr ohne besondere Ausdehnung.

Weizen wenig beachtet; pr. 85pfd. weißer 70—81 Sgr., gelber 66—74 Sgr. — Roggen fester; pr. 84pfd. 50—53 Sgr., feinster über Notiz bezahlt. — Gerste beachtet; pr. 70pfd. weiße 42—43 Sgr., gelbe 38—41 Sgr. — Hafer wenig angeboten; pr. 50pfd. schlesischer 25—27 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen ohne Frage. — Oelsaaten fester. — Schlaglein gefragt. — Rapskuchen vernachlässigt; 50—53 Sgr. pr. Ctnr. — Lupinen 36—40 Sgr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	67—75—81	Wicken	35—38—40
Gelber Weizen	65—70—76		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	49—51—53	Schlag-Leinsaat	190—210—215
Gerste	38—41—44	Winter-Raps	250—270—285
Hafer	24—26—28	Winter-Rübsen	240—260—270
Erbsen	43—48—52	Sommer-Rübsen	210—230—250

Kleesaat — rothe behauptet — ordinäre 9⅔—11⅔ Thlr., mittle 12⅔ bis 14⅙ Thlr., feine 14⅔—16⅙ Thlr., hochfeine 16½—16⅚ Thlr., extrafeine über Notiz, — weiße vernachläßigt, ordinäre 8—9¾ Thlr., mittle 10¼—13½ Thlr., feine 14¾—17¼ Thlr., hochfeine 18¼—19¼ Thlr. — Schwedischer Klee 18—26 Thlr. pr. Centner.

Thymothee 6—7½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 15—18 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 15⅓ Thlr. Br., Februar 15¼ Thlr. Br., Frühjahr 14 11/12 Thlr. Br. Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13½ Thlr., Februar 13⅔ Thlr., Frühjahr 14 Thlr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.